Mido 7,50

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 44 22.7.1974

6 frankfurt 1
homburgerstr.36
tel: 0611/77 46 96

postscheckknt.ffm
w.spruck, ffm. 6o
nr.52 52 28-6o2

bürozeiten:
mo, mi, fr, 11-15 uhr

redaktionsschluß:
freitag 2o uhr

verantwortlich:
walter spruck
6000 ffm
karbener str.1

kontaktzentren:

2 hamburg 13
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel:44 4o o3

463 bochum-querenbg.
ev.stud.gemeinde
lennershofstr.66/VIII
tel: 7o 14 65

5 köln
pol.buchladen
zülpicher str.197
tel: 44 61 71

74 tübingen
aktion pol.buchl.
nauklerstr. 2o

8 münchen
basis-buchhandlung
adalbertstr. 41 b
tel: 28o 95 22

schweiz:
eco libro
8oo4 zürich
engelsstr.62
tel:(o1)39 12 67

monatsabo 6.-dm

INLAND

AUSLAND

ERKLÄRUNGEN

HEIDELBERG (ID)
18. juli

STUDENTENZENTRUM CA SOLL LIQUIDIERT WERDEN !

1948 wurde das ca (collegium academicum) gegründet, um neue formen studentischen zusammenlebens zu finden. im laufe der studentenbewegung entwickelte sich das ca als teilbereich der universität zu einem selbstverwalteten studentenzentrum. jetzt soll das alles abgeschafft werden:

als aufhänger dazu wurde die seit jahren dringend anfallende totalsanierung des gebäudes benutzt. nachdem wir nachweisen konnten, daß die renovierungskosten die richtwerte für studentenwohnheimsplätze nicht, wie behauptet, überschreiten, legte der rektor folgende argumentation vor:

1. nach dem neuen hochschulrahmengesetz existiere das ca juristisch überhaupt nicht mehr. (die auslegung dieses gesetzes ist sehr umstritten)
2. ein studentenzentrum wie das ca bedürfe keiner institutionalisierung.

tatsache ist, daß trotz juristerei hier 130 studenten zusammen leben und studieren. unsere gut funktionierende selbstverwaltung, unsere funktion für alle studenten als zentrum (arbeitskreise, politische und kulturelle gruppen tagen im haus) sind dem rektorat politisch mißliebig.

die institution des ca muß aber erhalten bleiben, da ohne den institutionellen rahmen diese funktionen des ca ungesichert sind.

durch unseren wohn- und arbeitszusammenhang haben wir gezeigt, daß wir mehr sind als eine studentenbewahranstalt. genau diesen zusammenhang will das rektorat zerstören, indem man uns vage ein neues wohnhaus irgendwo am stadtrand verspricht. in einem neuen wohnheim am stadtrand würde durch das neue studentenwerksgesetz jede möglichkeit einer heimselbstverwaltung ausgeschlossen.

bei der liquidation von 130 wohnplätzen zeigt sich die tendenz, die altstadt zu entvölkern und in einen arbeits- und konsumstadtteil zu verwandeln. anstatt mehr wohnraum zur verfügung zu stellen, will man uns aus der altstadt vertreiben, damit wir dann in einem neubaugebiet (mit hohen mieten) isoliert dahinvegetieren.

wir werden uns diesen angriffen entschieden widersetzen! das bedeutet vor allem, daß wir auch nach einer für uns negativen entscheidung des kleinen senats 1. uns unser selbstverwaltungsrecht nicht nehmen lassen und 2. hier nicht ausziehen werden.

FRANKFURT (ID)
19. juli

NEUE RÄUMUNGSWELLE ?

im rahmen der laufenden räumungswelle im frankfurter westend soll am 6.8.74 das haus schubertstr. 27 geräumt werden. weiter sind das besetzte haus kettenhofweg 109, die wohnheim-häuser guiollettstr. 56 und siesmayerstr. 6 sowie die mietstreikhäuser schwindstr. 12 und 14 von räumungsterminen bedroht.

grund für die anstehenden räumungen ist zum einen eine veränderte politik der frankfurter spd seit der räumung des kettenhofwegs 51, die auf eine liquidierung jeder form aktiven widerstands gegen die verschlechterung der lebensbedingungen abzielt. zum anderen versucht die spd im vorwahlkampf mit einer law and order-politik stimmen zu gewinnen.die nutznießer dieser situation sind spekulanten und banken.da mit einer verabschiedung des neuen bebauungsplanes für das westend vor 1975 und mit einer baldigen erteilung von abriß-und baugenehmigungen nicht zu rechnen ist, versuchen die spekulanten, so z.b. stawski bei der schubertstr.27, mit dem trick"renovierung"die bewohner zu vertreiben.so entsteht hier eine neue spekulationsruine, die den magistrat unter druck setzen soll.hinzu kommt der direkte druck von banken, die mit riesenkrediten die spekulation erst ermöglicht haben und jetzt ihre gewinne realisieren wollen.an der vergabe von bodenkrediten im westend sind staats-und gewerkschaftsbanken inzwischen zu fast 35% beteiligt.für das haus schubertstr.27 hat die frankfurter bodenkreditbank (an dieser bank ist die spd-eigene hessische landesbank zu fast 19% beteiligt) einen kredit von 1 mill. mark vergeben, der weit den kaufpreis überschreiten dürfte.

schon aus diesem grund ist die renovierung ein vorgeschobenes argument, da sie bei solch einer hohen hypothek unrentabel ist.

das haus schubertstr.27 war am 31.7.72 von schülern ,studenten und arbeitern besetzt und am selben abend wieder geräumt worden.aufgrund des damals noch gültigen sozialbindungspapiers, der reaktion der bevölkerung und einer positiven presse ,sowie der der damaligen politischen situation entsprechenden konfliktvermeidungsstrategie der spd wurde das haus der städtischen wohnheim gmbh überlassen, die es wiederum an die besetzer vermietete.

es folgte das mittlerweile bekannte spielchen:kurzfristiger mietvertrag, kündigung, prozess, räumungstermin, mündliche verhandlungen mit der wohnheim gmbh und verzögerung des räumungstermins.die bewohner der schubertstr, 27 haben sich in den zwei jahren der besetzung einen lebenszusammenhang geschaffen, den sie sich durch das profitinteresse eines spekulanten nicht zerstören lassen wollen. deshalb bleiben die bewohner über den räumungstermin hinaus im haus.

wir wissen aber, daß dies wahrscheinlich nur symbolischer widerstand bleiben wird, da nach unserer erfahrung der häuserkämpfe in frankfurt eine erfolgreiche verteidigung des hauses zur zeit nicht möglich ist.

BERLIN (ID)

SPENDENAUFRUF FÜR DEN 1. MULITNATIONALEN KINDERGARTEN (muki) IN W-BERLIN

20. juli

in zusammenarbeit mit deutschen und ausländischen betriebsräten haben wir nach1jähriger vorbereitungszeit damit begonnen, in der unmittelbaren nähe des industriegebietes zehlendorf/steglitz für die belegschaftsangehörigen der krone - , spinnstoff - und die zeiss-ikon-werke eine kindertagesstätte zu errichten. wir haben den kindergarten muki: genannt, weil es ein multinationalter kindergarten ist, d.h. wir arbeiten mit deutschen, türkischen und jugoslawischen eltern zusammen. diese einrichtung kommt ausschließlich eltern zugute, die sozial stark benachteiligt sind. daher belaufen sich die kosten für die eltern auch nur auf einen geringen anerkennungsbeitrag (30 - 60 dm). unser konzept zielt darauf ab, durch eine konsequente zweisprachenerziehung der ausländischen kinder deren isolation und gettosituation zu durchberechen. zum anderen wollen wir in der elternarbeit die vielfältigen sp altungen der deutschen und ausländischen eltern mithelfen zu überwinden.

in der kindererziehung verfolgen wir das konzept der erziehung zu realitätsbewußtsein, sozialem verhalten, selbstständigkeit und kollektiv - und verantwortungsbewußtsein. am 1. august werden wir den muki mit einer kindergruppe von 8 kindern verschiedener nationalitäten eröffnen. bis zum jahresende soll der kindergarten vorerst auf 32 kinder erweitert werden. wir haben für jedes kind pro monat eine belastung von dm 300 errechnet. es ergibt sich somit für 32 kinder eine jahresbelastung von knapp 120 000 dn dm. zwar können wir langfristig mit einer förderung durch den senat rechnen, doch gerade jetzt zum beginn unserer arbeit brauchen wir dringend spendengelder. für die renovierung der räume und deren erstausstattung sind w ir dringend auf geld- und sachspenden angewiesen.

sachspenden: kindergarten, 1 berlin-zehlendorf, teltower damm 266a; geldspenden: konto bfg berlin nr. 1110 147 600.

freundschaftsverein deutscher und ausländischer arbeitnehmer ev.

MÜNCHEN (ID)

POLITISCHE PROZESSE

17. juli

1. der prozeß gegen maike r. (aktionen gegen den lkw-lärm bei bmw in der riesenfeldstraße) begann mit einem hammer: maike r.'s anwalt hatte das mandat niedergelegt, weil seine mandantin nicht zahlungsfähig war. den antrag auf pflichtverteidiger wies man 4 tage vor prozeßbeginn ab, weil "keine schwere der tat" vorlag. (im ersten riesenfeldprozeß hat der staatsanwalt 10 monate beantragt). r's beschwerde gegen diesen beschluß konnte natürlich vor prozeßbeginn nicht verarbeitet werden. der prozeß fing an, ohne dasß maike r. einen verteidiger hatte. der richter machte in lustig. "sie meinen son zeiserlwagen?" fragte er den zeugen polizeibeamten klaus becker (2. zeuge: polizeibeamter gerhard althammer). in diesen zeiserlwagen soll maike r. "sie sau" zu ihm gesagt haben, weil er sie an die brust gefaßt haben soll. - beleidigungsklage.

außerdem wird sie noch angeklagt des landfriedensbruchs, der körperverletzung und des widerstandes gegen die staatsgewalt. die polizeibeamten hatten vom einsatzleiter den bef ehl, das tor bei bmw "in nördlicher richtung" zu räumen. das sah dann so aus, daß die einen genossen auf der anderen straßenseite festgenommen haben und maike r. 10 - 12 meter von der toreinfahrt entfernt in einer gruppe, die gerade diskutierte. der polizeibeamte becker habe bei der festnahme einen "gezielten tritt" bekommen. - körperverletzung und widerstand.

den landfriedensbruch mußten sie fallenlassen, die beleidigung auch. urteil: 450 dm geldstrafe.

2. erster gasteig-prozeß

im ersten einzelprozeß gegen die 150 leute, die am 15.2. das leerstehende gasteig-spital besetzt haben, ist jetzt der 20jährige hans h. zu 6 tagen jugendarrest und zahlung der prozeßkosten verknackt worden.

hand h. schilderte vor gericht, daß er am tag der besetzung im ansbacher schlößl zufällig von einem fest im gasteig erfahren habe. als er hingekommen sei, habe er die eingänge offen und drinnen viele leute vorgefunden. wie berichtet, kam damals die polizei mit einem großen aufgebot an und riegelte den ganzen komplex ab, so daß niemand mehr das gebäude verlassen konnte. wie alle anderen bekam hans h. vom hausherrn, dem ob kronawitter, eine anzeige wegen erschwerten hausfriedensbruchs. hans war einer der beiden festgenommenen, die nicht nur - wie die anderen 148 - über nacht in der ettstraße, sondern regelrecht in u-haft festgehalten wurde. begründung: kein fester wohnsitz. zwei wochen lang saß hans in stadel heim. diese 14 tage wurden ihm jetzt von der richterin lenz-frischeisen großzügigerweise auf seine 6 tage strafe angerechnet.

die richterin lenz-frischeisen meinte in ihrer urteilbegründung, daß man in ein haus, das in einem so erkennbar guten zustand sei, nicht einfach hineingehen könne, wenn die tür offen sei. man müsse da annahmen, daß der besitzer, die stadt nämlich, nicht damit einverstanden sei. mittlerweile hat die stadt das haus abreißen lassen - wegen baufälligkeit. inzwischen steht fest, daß dort vor 1978 nichts neues gebaut wird. d.h., der bürgerverein haidhausen, der sich mit konstruktiven vorschlägen für das gasteig eingesetzt hat, hätte das weitläufige gebäude 4 jahre lang im sinne der haidhauser bevölkerung nützen können.

haidhauser ladenkollektiv.

FRANKFURT (ID)
17.juli

TERROR GEGEN PALÄSTINENSER

am sonntag 14.7. wurden am frankfurter flughafen vier palästinenser verhaftet, die dort, z.t. unabhängig voneinander, besucher erwarteten. die begründung für diese willkür: "sie würden ein flugzeug entführen wollen". drei von ihnen wurden noch am selben abend wieder freigelassen. der vierte jedoch, ein palästinensischer student, wurde über nacht festgehalten. in den folgenden tagen war er durch freilassung, erneute inhaftierung und tägliche besuche einer gezielten polizeilichen schikane ausgesetzt. während seiner inhaftierung wurde sein zimmer klamheimlich ohne richterliche genehmigung und ohne beisein von zeugen durchsucht und auf den kopf gestellt. am folgenden tag wurde mit der begründung "gefahr im verzuge" das zimmer eines anderen palästinensischen studenten ebenfalls durchsucht.

dieses vorgehen ist ein glied in der kette der ständigen verfolgung und terrorisierung palästinensischer arbeiter und studenten seit dem verbot von gups und gupa, begleitet wird dieser terror von einer hetzkampagne der bürgerlichen presse, die gerade zur fußballweltmeisterschaft wieder einen höhepunkt erreichte.

AUSLAND

DUBLIN (ID)
2o. juli

ERKLÄRUNG DES GENERALSTABS DER IRA ZUR MELDUNG ÜBER EINEN BOMBENANSCHLAG AUF DEN LONDONER TOWER

"die irisch republikanische armee hat in keiner weise etwas zu tun mit dem sinnlosen anschlag auf den londoner tower, dessen durchführung klar ersichtlich nicht die merkmale einer unserer operationen trägt. hier sollten, um die ira zu diskriminieren, während der ferienzeit internationale touristen verletzt und getötet werden, innerhalb eines gebäudes, dessen mauern 2 m dick sind, weswegen wir niemals dort einen anschlag unternommen hätten. mit sicherer gewißheit sind für den mörderischen anschlag und die prompt folgende propaganda die mördergangs (countergangs) des britischen brigadegenerals frank kitson verantwortlich. die ira erklärt noch einmal, daß sie a) vorwarnungen gibt, um unbeteiligte zivilisten zu warnen und b) diese vorwarnungen stets unter benutzung eines code-wortes einleitet, welches der britischen polizei wohl bekannt ist."

wir wollen diesererklärung der provisorischen ira noch hinzufügen, daß ein solcher terroranschlag der briten höchstwahrscheinlich deshalb passierte, um das am 23.7.74 in dublin und belfast stattfindende internationale festival der offiziellen sinn féin/ira endgültig zu verbieten, nachdem inzwischen sogar die labour party dazu aufrief, "dies festival des internationalen terrorismus" zu verhindern. delegierte von befreiungsorganisationen aus 67 ländern der erde wollen sich dort versammeln. gestern (donnerstag) besetzten britische soldaten in belfast die büros und räume der sinn féin, wo sie sämtliche teilnehmerlisten zu beschlagnahmen suchten, wahrscheinlich um ausweisungen zu betreiben und grenzübertritte zu verhindern. die westdeutschen organisationen werden in dieser situation gebeten, protesttelegramme an harold wilson, 1o downing street, london, abzusenden. das festival unter dem motto: "der kampf des irischen volkes ist der kampf der völker in aller welt", muß stattfinden!

kontakt: westdeutsches solidaritätskomitee - 637 oberursel 5 - postfach 35

LONDON(PNS/ID)
6.juli

KANTINENARBEITERINNEN BEI FORD STREIKEN

kantinenarbeiterinnen bei ford in dagenham streikten ende juni, um forderungen nach extrazahlungen durchzusetzen, die zwischen ihrem arbeitgeber "gardener merchants" und der gewerkschaft ausgehandelt worden waren.

während des kantinenstreiks mußte ford den arbeitern zusätzliche zeit für essensbeschaffung zugestehen, weil sie nicht mehr im betrieb versorgt werden konnten. am dritten streiktag weigerte sich eine abteilung nach der essenspause, die arbeit wieder aufzunehmen, weil die arbeiter

solche unannehmlichkeiten nicht länger auf sich nehmen wollten.plötzlich war "gardener merchants"bereit, das geld zu zahlen.

"gardener merchants"ist eine tochterfirma der thf (trust house forte)kantinenbetriebe, die einen vertrag mit ford hat.die ihf wird zur zeit noch in einem hotel und zwei restaurants in london bestreikt, weil sie einen shopsteward fristlos entlassen hat und gewerkschaftsaktive kriminalisiert.die ihf angestellten wehren sich außerdem gegen den geringen lohn(sie bekommen in der stunde nur 2,30 dm)und dagegen, daß es keine Überstunden-und sonn-und feiertagsvergütung gibt.

LONDON (PNS/ID) ANDAUERNDE UNRUHEN BEI FORD IN DAGENHAM

19.juli die folgenden ereignisse während der letzten 14 tage geben ein beispiel für die andauernden unruhen bei ford in dagenham.

vor letzten freitag war ein karibianer in eine prügelei mit einem vorarbeiter verwickelt.diese prügeleien sind routine, aber diesmal hörten 100 arbeiter deswegen auf zu arbeiten und verlangten, daß der arbeiter entlassen werden sollte.das management akzeptierte die forderung . das ereignis ist ein resultat des rassismus der vorarbeiter den asiaten und karibianern gegenüber.die vorarbeiter sind mitglieder der vereinigung wissenschaftlicher- und technischer angestellter und manager, und fordern gefahrenzulage; sie meiden viele abteilungen im werk wegen des zorns der arbeiter gegen sie.vor kurzem wollte ford deswegen ein system einführen, in dem 2000 helfer als vermittler zwischen arbeitern und managementhierarchie fungieren sollten.

am letzten dienstagmorgen streikten die reparateure am fließbandende einen tag und forderten bezahlte waschzeit, die alle anderen am band schon bekommen.resultat : die tagschicht stoppte 4 stunden, die nachtschicht volle 8 stunden.am mittwoch wurde am tag die arbeit 2 stunden niedergelegt, nachts wurde garnicht gearbeitet.einige meister kamen ans band und verhielte sich den arbeitern gegenüber sehr merkwürdig.die nachtschicht machte eine demonstration um die anlagen herum, um die forderung der reparateure zu unterstützen und außerdem die bezahlung der streikstunden von dienstagnacht zu erreichen.danach verbarikadierten sie das fließbandende, von wo die autos weggefahren werden.sie blieben die ganze nacht da mit ihren transparenten und blockierten die produktion.die geschäftsleitung bezahlte allen arbeitern die ausgefallenen stunden außer den 40 nachtschicht leuten, die die unterstützung für die reparateure organisiert hatten.

am donnerstag wurden vor und während der arbeitszeit versammlungen abgehalten, wo versucht wurde, einen betriebsweiten Überstundenboykott zu initiieren, was aber erfolglos blieb.die arbeiter der nachtschicht erhielten disziplinarische verwarnungen.

letzte woche fand gegen vier arbeiter, die im frühjahr bei einem gewerkschaftsstreik streikposten waren, ein prozess statt.nur einer der vier wurde an diesem tag zu einer geldstrafe wegen verbarrikadierung verurteilt.streikposten wurden vor dem gericht aufgestellt und etwa 50 arbeiter kamen aus solidarität zu ihren kollegen in den gerichtssaal.das shop steward komitee und die gewerkschaft taten nichtsum die sache zu veröffentlichen oder die arbeiter zu unterstützen.

die fordarbeiter kämpfen schon die ganze zeit um die bezahlung der streikzeit des letzten jahres.zur zeit verhandelt die gewerkschaftbürokratie mit dem management, aber die arbeiter haben kaum vertrauen in ihre gewerkschaftsvertreter.

MANCHESTER (PEACE NEWS/ID) STRAßENBLOCKADE IN MANCHESTER

5. juli über 40 frauen und kinder eines manchester arbeiterviertels blokkierten 1 1/2 stunden lang mit mülltonnen, plakatwänden und ihren eigenen körpern den durchgangsberufsverkehr. sie wollten verhindern, daß betuchte geschäftsleute ihr wohngebiet als abkürzung benutzen, um schneller in ihre vororthöhlen zu kommen. ein beteiligter schreibt: "wir wohnen in einem stark vernachlässigten viertel, es gibt überhaupt keine gemeinschafteinrichtungen - die kinder müssen auf der straße spielen, weil es sonst nichts gibt, und nicht einmal diese verdammten straßen gehören uns. eine seit 12 monaten andauernde kampagne für spielplätze hat nichts gebracht, außer versprechungen, hinhalteversuche und verwirrungsmanöver seitens der stadtverwaltung. dies ist unsere 3. blockade, und manche haben ihren guten ruf bei den nachbarn riskiert, weil sie mit e iner mülltonnen auf die straße gezogen sind. weil haptsächlich frauen und kinder die blockade machten, war die polizei nicht gleich mit verhaftungen zur stelle, sondern guckte nur zu, bis alles zu ende war. jetzt haben sie zuvor 5 mülltonnen verhaftet, aber die leute blieben auf der straße. die männer standen an der hauptstraße und wiesen mit transparenten auf die blockade hin. nur anliegerverkehr wurde durchgelassen. für die lösung, die wir anstreben: dauerblockade unserer wohnstraßen, brauchen wir die übereinkunft der mehrheit der bewohner, einschließlich der autofahrer. in die stadtverwaltung stecken wir keinen deut hoffnung mehr!"

BARCELONA (ID)

5. juli

GENERALSTREIK IN BAJO LLOBREGAT
(flugblatt der comisioner obreras)

- für die wiedereinstellung der entlassenen
- solidarität mit den betrieben "elsa" und "solvay"
- für die gewerkschaftlichen forderungen: mindestlohn von 650 ptas (= 33 dm pro tag), 40 stunden woche, arbeiterkontrolle
- für versammlungs- und streikrecht. für eine klassengewerkschaft, für gewerkschaftliche und politische freiheiten.

am 3. juli waren mehr als 80 betriebe in bajo llobregat im streik. 20 000 menschen antworteten wie ein mann mit denselben forderungen; am abend schließen sich die arbeiter von "elsa" und "solvay" in die kirche von cornella ein, aus der sie von der polizei herausgeworfen werden.

in der gewerkschaft von cornella findet eine versammlung der gewerkschaftsfunktionäre statt, man ruft einen generalstreik von 24 stunden für den folgenden tag aus. die antwort ist total: mehr als 17 betriebe gehen mit demonstrationen von 7 000 arbeitern während des ganzen tages auf die straße, während die anderen des industriegebietes den streik weiterführen.

am 5. juli wird der generalstreik fortgesetzt: cornella ist paralysiert und an den fabriken entstehen geschäfte und kneipen, händler treten auf. der kampf breitet sich aus wie ein lauffeuer: martovell, gava, el prat sind kerne, die sich in den generalstreik integrieren. tausende von arbeitern demonstrieren ununterbrochen und machen volksversammlungen während des ganzen tages. die polizei versucht, sie aufzulösen, es gibt harte konfrontationen zwischen arbeitern und polizei.

und das ist unsere perspektive, die den sieg der arbeiter bringen wird: vereint und organisiert im kampf mit den comisiones obreras. jetzt müssen wir den kampf des ganzen volkes vereinigen, in die versammlungen gehen, zu den boykotts, streiks und geldsammlungen. totale solidarität!

13. juli

zur allgemeinen situation:

die streikwelle hat auf verschiedene industriezweige und städte übergegriffen. "la vanguardia" meldet heute: "die lage hat sich noch nicht normalisiert". die information unter den arbeitern ist erstaunlich gut, die weitere entwicklung noch unklar.

BARCELONA (ID)

DIE ARBEITER VON "DUAL" IM KAMPF GEGEN DIE INTERESSEN DES KAPITALS UND IN DER VERTEIDIGUNG DER WÜRDE UND FREIHEIT DER ARBEITERKLASSE

20. juli

"dringende soziale und wirtschaftliche notstände trieben uns zu unserem kampf an: die "dual espanola" ist eine der fabriken in der provinz barcelona, die die niedrigsten lohn zahlen: 9 000 ptas (420 dm) ein männlicher, 8 000 (370 dm) ein weiblicher facharbeiter, bei einem arbeitstag von 12 stunden.

am 10. mai 74 stellten wir in einer versammlung folgende forderungen auf:

1. 4 000 ptas lohnerhöhung für alle ohne unterschied von geschlecht und qualifikation
2. eine monatliche, ordentliche lohnabrechnung auf der prämien, akkordzuschläge usw gesondert erscheinen.
3. berechnung von zuschlägen vieler art aus dem festlohn
4. 30 tage urlaub (statt wie bisher 15)

bei der versammlung am 13. mai beschlossen wir, unsere forderungen durch verlangsamung des arbeitstempos und boykotts der überstunden nachdruck zu verleihen, worauf die firmenleitung anbietet, für 10 stunden den betrag wie bisher für 12 stunden zu zahlen, bei gleicher leistung in 10 stunden. wir lehnen das angebot ab. als antwort werden zunächst 27 kollegen entlassen. wir setzen den "streik" fort, was weitere 7 kündigungen zur folge hat, bis wir am 30. mai vor verschlossenen toren stehen außer einem, an dem uns der personalchef mit 200 kündigungsschreiben erwartet. wir sind jetzt 240, d.h. 60% der produktionsarbeiter.

die frage ist, welche ziele verfolgt die firma mit diesen repressiven maßnahmen? dazu muß man wissen, daß die "dual alemana" durch vermehrte kapitalinvestition das spanische zweigwerk praktisch in ihren besitz gebracht hat und dabei ist, die alte leitung und das personal auszutauschen. die kämpferischsten arbeiter fliegen raus, damit der ausbeutung und unterdrückung der belegschaft nicht mehr der geringste widerstand entgegengesetzt wird.

entlassene arbeiter, die ihre arbeitsplätze wieder erlangen wollen, können dies nur unter folgenden bedingungen: sie müssen in einem brief um entschuldigung bitten und sich schul-

dig befinden. gleichzeitig werden sie mit sofortiger kündigung bedroht, falls sie innerhalb eines jahres irgendeine art von forderung stellen sollten.

arbeiter der firma dual, spanien.

wir, die arbeiter von dual klagen die deutsche direktion des kolonialismus, der unterdrückung, des betrugs an, da sie sich ein paar unmenschliche spanische gesetze zu nutze macht, um uns zu behandeln, wie sie es nie mit ihren deutschen arbeitern wagen würden.

arbeiter der firma dual, spanien.

LISSABON (PEACE NEWS/ID) — STELLUNGNAHME DER KP PORTUGAL

5. juli

in einem editorial ihrer zeitung erklärt sich die kp portugal zu ihrer teilnahme an der regierungskoalition. "weder kann die armee ohne die volksbewegung portugal zur demokratie führen, noch kann sich die volksbewegung ohne die armee entwickeln. die rückkehr von reaktion und fachismus ist der verlust der demokratischen freiheiten, wären das einzige ergebnis eines auseinanderbrechens der jetzigen allianz." die faschisten und die bosse großer firmen zielten schon darauf ab, die koalition zu spalten, indem sie "die arbeiter aufwiegeln, in einem maße lohnforderungen zu stellen, die die nationalwirtschaft nicht verkraften kann." ungeachtet der verschiedenen ansichten innerhalb der koalition, ist sie doch "einig in den fundamentalen vorhaben der errichtung einer demokratischen regierung und der beendigung der kolonialkriege." die koalition habe "ein sofortprogramm für dringende probleme, kein programm einer sozialen reform. es trägt in keiner weise zu einer gesunden entwicklung der revolutionären bewegung bei, gerade zu diesem zeitpunkt die notwendige tiefe sozial und demokratische umwelt zu fordern, als ob wir bereits eine volksregierung an der macht hätten... dieses begrenzte programm kann die festigung der freiheit sichern und den weg zur demokratie ebenen." an die arbeiter appeliert die kp, sie sollten sich "politisch reif und geduldig" verhalten, und fügt hinzu: "eine äußerst flexible und wachsame politik ist notwendig."

CHILE(LNS/ID) — WIDERSTAND IN CHILE

19.juli

in ganz chile bilden sich in zunehmendem maße geheime widerstandskomitees, die in den betrieben die produktion zum stillstand bringen, maschinen sabotieren und die bosse bestrafen, die arbeiter schikanieren. es gibt kaum einen betrieb, eine farm, universität oder hochschule ohne eine solche basisgruppe.

im mai zun beispiel wurden durch zwei große sabotageakte wichtige zentren chilenischer monopole zerstört. ein brand in der fruchtveredelungsanlage in rancagua, der modernsten in chile, und dem yarur-textilhaus zeigen, wie chilenische arbeiter gegen die militärdiktatur widerstand leisten, trotz schwieriger bedingungen durch repression und terror.

die yarur-textilfabriken waren unter allende enteignet worden und wurden von den arbeitern verwaltet. unter dem namen "ex-yarur" versorgte die fabrik die leute- mit guter qualität zu billigen preisen. nach dem putsch leisteten die arbeiter noch tagelang bewaffneten widerstand gegen die junta die dann allerdings im dezember, nach starken repressionen gegen die arbeiter, die fabrik den früheren besitzern wieder übergab. auch nach dem amador yarur alle gewerkschaftführer feuerte, gibt es noch aktiven widerstand.

das feuer am frühen morgen des 30. mai war so groß, daß es erst nach 12 stunden unter kontrolle gebracht werden konnte. offiziell wird behauptet, daß die ursache des feuers nicht geklärt sei, aber der plötzliche aufmarsch von truppen zeigt, daß die junta die hintergründe sehr wohl kennt.

STOCKHOLM (ID) — U-BAHNHÖFE WERDEN MIT FERNSEHKAMERAS ÜBERWACHT

15. juli

neun u-bahnstationen sowie der hauptbahnhof der eisenbahn in stockholms innenstadt sind gegenwärtig mit sechzig zum größten teil steuerbaren fernsehkameras bestückt. in einer alten kirche in der altstadt laufen die kabel zusammen. dort ist das hauptquartier der 139 mann starken sondertruppe der polizei, die die überwachung durchführt. die kameras sind zur verbrechensbekämpfung, vor allem gegen drogenhandel, aufgehängt worden.

erscheint auf einem der monitore, die von 2 beamten kontrolliert werden, irgend etwas verdächtiges, kann alles auf band aufgezeichnet werden, bis zum großporträt einer person. die bänder können als beweismaterial vor gericht benützt werden. 1972 wurden mit hilfe dieses technischen apparates 2319 personen festgenommen. 1973 waren es bereits 4651. rund 75 % der festgenommenen wurden später gerichtlich abgeurteilt.

obwohl stockholm heute bereits die bestüberwachte großstadt ist, sollen mindestens noch alle 72 u-bahnstationen mit diesen "überwachungsaugen" ausgerüstet werden.

sten sture grankvist, chef der sondertruppe, in einem interview, in dem er auf den roman "1984" von g. orwell angesprochen wird (roman über einen künftigen totalen überwachungsstaat): einige kleine politische gruppen haben sich über unser verhalten im sinne von "der große bruder beobachtet dich" beschwert, aber die große öffentlichkeit hat nichts dabei gefunden und sich noch nie beklagt, seit wir die fernsehkameras - die erste wurde 1968 eingebaut - auf u-bahnhöfen installieren." er fährt fort: "es geschieht ja zu ihrem schutz, und außerdem arbeiten wir eng mit dem komitee zum schutz der privatsphäre der bürger zusammen."

ROM (ID - CH)
12. juli

FIUMICINO - FASCHISTISCHES MASSAKER !

neonazis, italienische neofaschisten und eine rechtsextreme arabische organisation haben beim blutbad auf dem römischen flughafen fiumicino am 17. dezember 1973 hand in hand gearbeitet. ein mitglied des spanischen geheimdienstes brachte die verschwörung an den tag.

fünf terroristen griffen am 17. dezember 73 den römischen flughafen fiumicino an. sie schossen sofort, steckten eine panam - boeing 707 in brand und kaperten eine lufthansa - maschine. 34 menschen verloren bei diesem terrorakt das leben. jetzt kennt man die hintermänner: es waren faschisten. der spanische geheimdienstmann luis gonzales mata erzählte der italienischen zeitschrift europeo, daß man aus madrid die italiener, wenige stunden vor dem attentat, gewarnt hatte. die spanier wußten, daß ein araber, er heißt kadir , aus madrid einen österreichischen neofaschisten in rom angerufen hatte. der österreicher, er war als elektrohändler getarnt, gehört zur neofaschistischen organisation "paladin". er arbeitet auch für die kongosöldnertruppe von tschombé.

mitverwickelt in die verschwörung war auch ein italienischer geheimdienstler, der als faschist bekannt ist!

DEN DOLDER/NIEDERLANDE (ID)
3. juli

POLIZEI-ANGRIFF GEGEN FORTSCHRITTLICHES THERAPIE - ZENTRUM

am 3. juli, 8 uhr morgens, räumte eine 120 mann starke polizeitruppe den pavillon "lorentz" des heimes für geistig behinderte in dennendal im niederländischen den dolder. in "lorentz" befanden sich fast 200 patienten, eltern, gruppenleiter und sympathisanten, die sich weigerten, den pavillon freiwillig zu verlassen. die patienten wurden - gegen den willen der eltern - in ein anderes heim befördert, die anderen wurden verhaftet und einige stunden festgehalten.

die räumung von lorentz war die erste phase einer totalen räumung von dennendal. die angestellten von dennendal hatten sich geweigert, das konzept des vorstandes auszuführen.

der konflikt hat eine lange vorgeschichte: 1966 wurde innerhalb der willem arntsz-stiftung (was) die abteilung für geistig behinderte dennendal gegründet. direktor wurde der psychologe carel muller. er entwickelte eigene vorstellungen für die arbeit mit den geistig behinderten, die nach einigen jahren in der "verdünnungstheorie" ihren ausdruck fanden. es wurde ausgehend von folgenden punkten gearbeitet:

1. geistig behinderte haben ein recht auf volle entfaltungsmöglichkeiten, auf selbstbestimmung und bestimmung über ihre situation.
2. geistig behinderte müssen daher so weit wie möglich zu hause, in der schule und an ihrer arbeitsstelle bleiben. erst, wenn das überhaupt nicht mehr möglich ist, sind heime sinnvoll.
3. die einrichtungen müssen vollkommen offene zentren sein, in denen die menge der geistig behinderten durch "normale" menschen "verdünnt" wird. die zentren sollen also menschliche lebensgemeinschaften sein und in offener kommunikation mit der gesellschaft stehen.
4. deshalb ist jede medizinisch-hierarchische ordnung, in der die geistig behinderten autoritär behandelt werden und eingeschränkt werden, menschenunwürdig.
5. deshalb ist auch die soziale beziehung zwischen angestellten und patienten und zwischen den patienten selbst die grundlage für jedes arbeiten im bereich der gesundheitspflege.
6. deshalb gehen alle entscheidungs- und verwaltungsvorgänge von der lebens- und wohneinheit der angestellten und patienten aus, wobei die eltern, vormunde und mitbewohner ein mitspracherecht haben.
7. was die basiseinheit selbst nicht entscheiden kann, wird in der kommunikation zwischen den verschiedenen lebens- und wohneinheiten, die gemeinsam das offene zentrum bilden, entschieden.
8. moderne menschliche und befreiende gesundheitspflege kann deshalb auch nicht unter den bedingungen einer von außen und oben auferlegten ordnung stattfinden. eine solche ordnung tut der menschlichkeit gewalt an.
9. das eigentumsrecht an gebäuden, finanzen und wirtschaftliche angelegenheiten, die mit den einrichtungen der gesundheits-

pflege zu tun haben, müssen so gehandhabt werden, daß sie bedingungslos im dienste der arbeit stehen, wie sie oben beschrieben wurde.

diese ausgangspunkte bedeuten mehr als nur die bildung von lebensgemeinschaften von patienten und angestellten. sie bedeuten auch, daß für neubauten bestimmte bedingungen gelten und daß die notwendigkeit einer demokratisierung der verwaltung hervorgehoben wird. um diese punkte hat es in den letzten jahren viele konflikte mit dem stiftungsvorstand gegeben. dennendal wies z.b. den neubauplan eines großen bauunternehmers zurück, bei dem ein mitglied des stiftungsvorstandes im aufsichtsrat saß. außerdem wurde gegen die ernennung einiger neuer vorstandsmitglieder protestiert.

1971 erschienen in der rechten presse artikel über"zügel losigkeit" in dennendal.die neuen formen des zusammenlebens von geistig behinderten und angestelltem personal, die sich eher in einer art familienverband als in einer krankenhausatmosphäre vollzogen- es gab wohnzimmer und für jeden bewohner ein eigenes zimmer - , dazu die ungewohnte lebensweise der leute um carel muller, führten zu sensationsberichten über gruppensex und rauschmittelgenuß.nach einem monatelangen konflikt trat der vorstand zurück.carel muller, der entlassen worden war, nahm seine arbeit wieder auf.ein geschäftsführender vorstand gab ihm handlungsfreiheit.

diese handlungsfreiheit wurde ihm im laufe des konflikts mit dem vorstand wieder genommen.ende vorigen jahres beschloss der vorstand, carel muller endgültig zu entlassen. das ging jedoch zu diesem zeitpunkt nicht, dennendal bildete nämlich mit seinen 500 bewohnern, davon 200 angestellte, eine geschlossene einheit und hätte die entlassung nicht akzeptiert.man entschloss sich daher, diese einheit zu spalten.dazu wurde eine meinungsverschiedenheit zwischen muller und einem anderen mitglied der leitung von dennendal benutzt.das manöver gelang.dennendal wurde gespalten.

die mehrheit(170 angestellte)unterstützte muller weiterhin, auch als er anfang dieses jahres entlassen wurde.weitere entlassungen folgten.als die überwiegende mehrheit der angestellten, eltern und sympathisanten im februar ein autonomes"neu-dennendal" unter der leitung von muller gründete, und einen neuen vorstand wählte, beschloss der stiftungsvorstand der"was", vier der fünf pavillons von dennendal zu räumen.durch die bildung einer regierungskommission (die niederländische regierung ist eine koalition aus sozialdemokraten und christdemokraten) wurde die durchführung des räumungsbeschlusses einige monate hinausgezögert.es wurden sogenannte vermittlungsausschüsse gegründet, die jedoch an der entschlossenheit des stiftungsvorstandes und des zuständigen ministers für volksgesundheit nichts änderten.sie wiesen die vorstellungen von "neu-dennendal" zurück.

am 3.juli wurde der erste pavillon geräumt.die polizei rückte mit einem wasserwerfer an.um dennendal herum waren zahlreiche barrikaden errichtet worden, die zunächst von der polizei beseitigt wurden.die polizisten schafften sich gewaltsam zugang zum pavillon.die gruppenleiter und sogar die eltern wurden mit gewalt von den patienten getrennt.einige der patienten bekamen anfälle.unter dem eindruck der ereignisse beschlossen die angestellten der anderen pavillons, die auch geräumt werden sollten, am 7.juli dennendal zu verlassen.

sie versuchen, an einem anderen ort die "neu-dennedal"-arbeit fortzusetzen.

in berichten der betroffenen wird deutlich, daß dieser polizeieinsatz bei vielen niederländern erinnerungen an gewaltsame deportationen während der nazi-besetzung hervorgerufen hat.

protestschreiben an:ministerie voor volksgezondheid; fav staatssekretaris hendriks; den haag
durchschläge und solidaritätsbriefe an:werkgroep nieuw dennendal p/a raadskelder; r.onder het stadhuis; utrecht
durchschläge an:de volkskrant; wibautstraat; amsterdam

nähere informationen über:esg; 463 bochum; lennershofstr.66; baracke VIII

ERKLÄRUNGEN

1

ERKLÄRUNGEN DER VERTEIDIGER DER GEFANGENEN AUS DER RAF AUF DER STUTTGARTER PRESSEKONFERENZ AM 18.7.74

die verteidiger in dem verfahren gegen die rote armee fraktion (raf) haben beim untersuchungsrichter des oberlandesgerichts stuttgart beantragt, die haftbefehle gegen andreas baader, gudrun ensslin, ulrike meinhof, holger meins und jan-carl raspe aufzuheben und die angeschuldigten freizulassen.

dieser antrag war geboten, nachdem durch eine veröffentlichung im "stern" sowie durch die vereidigte zeugenaussage eines beamten der sicherungsgruppe bekanntgeworden war, daß die staatsschutzabteilung des bundeskriminalamtes dem gericht und der verteidigung umfangreiches aktenmaterial - es handelt sich um über 1600 stehordner mit einem umfang von etwa 600.000 seiten - vorenthalten hat.

die vorenthaltung des größten teils der ermittlungsakten ist ein mittel, entlastende hinweise und ermittlungsergebnisse zu unterdrücken. aus den akten wird sich ergeben, daß

1. weitaus mehr personen als die bundesanwaltschaft bisher bekanntgegeben hat, als mitglieder und unterstützer der raf angesehen worden sind,
2. tatverdacht in bezug auf einzelne aktionen auch gegen zahlreiche andere personen und gruppen erhoben worden ist.

der versuch der bundesanwaltschaft, beweise dadurch zu führen, daß schon der nachweis der zugehörigkeit zur raf ausreicht, bricht damit zusammen.

die existenz von über 600.000 blatt geheimer ermittlungsunterlagen zeigt, daß weder die bundesanwaltschaft noch das gericht der eigentliche herr des verfahrens sind. umfang und inhalt des verfahrens bestimmen nicht die justizorgane, sondern die staatsschutzabteilung des bundeskriminalamtes (bka). das rechtsstaatliche prinzip der gewaltenteilung ist für den prozeß gegen die raf aufgehoben. die staatsschutzabteilung des bka ist kein geheimdienst: sie ist als hilfsorgan der bundesanwaltschaft in dem verfahren gegen mitglieder der raf als ermittlungsbehörde tätig. sie muß deshalb jedes detail ihrer ermittlungen dem gericht und damit der verteidigung bekanntgeben.

die justiz hat die von der staatsschutzabteilung des bka eingeführten haftbedingungen, die "saubere" folter der isolationshaft, durch zahlreiche entscheidungen sanktioniert. es besteht die konkrete gefahr, daß die gefangenen in folge der jahrelang praktizierten isolationsfolter bei prozeßbeginn nicht mehr haftfähig sein werden. wenn jetzt erst 10% des tatsächlich angefallenen aktenmaterials vorliegen, wäre eine weitere prozeßvorbereitung von mindestens 2 jahren notwendig. die bundesanwaltschaft hat die prozeßdauer schon beim bisherigen aktenumfang auf 2 jahre geschätzt. der wirkliche aktenumfang würde jedoch eine prozeßdauer von mindestens 4 jahren erfordern.

schon nach einer zusätzlichen prozeßvorbereitungszeit von weiteren 2 jahren werden die gefangenen aber mit sicherheit nicht mehr verhandlungsfähig sein.

die angeschuldigten befinden sich bereits seit mehr als 2 jahren in untersuchungshaft. die frist aus § 121 stpo - grundsätzliche höchstdauer der untersuchungshaft 6 monate - ist inzwischen schon sechsmal verlängert worden.

die neue verzögerung des verfahrens um mindestens 2 jahre haben allein die ermittlungsbehörden zu vertreten, da von diesen 90% der ermittlungsakten zurückgehalten worden sind.

da das verfahren somit von den ermittlungsbehörden nicht mit der erforderlichen und gebotenen beschleunigung betrieben worden ist, ist ein wichtiger grund für die aufrechterhaltung der untersuchungshaft im sinne des § 121 stpo nicht mehr gegeben. eine aufrechterhaltung der haftbefehle ist danach nicht mehr zu rechtfertigen.

außerdem haben die verteidiger heute beim verwaltungsgericht in stuttgart klage eingereicht auf unterlassung der errichtung eines besonderen prozeßgebäudes, dessen gelände bereits jetzt mit stacheldraht umgeben ist.

dieser sonderbau wird in wahrheit nichts anderes sein als eine kriegsmässig ausgerüstete polizeifestung, die schon wegen ihrer viele millionen verschlingenden kosten und ihres waffenstarrenden bildes in der öffentlichen meinung eine vorverurteilung der angeklagten herstellen soll, weil die beweise für die verurteilung in einem rechtsstaatlichen verfahren nicht ausreichen.

zugleich soll die öffentlichkeit durch mittel der psychologischen kriegsführung, insbesondere durch gezielte beeinflussung der massenmedien, in den falschen glauben versetzt werden, daß es sich bei den angeschuldigten nicht um revolutionäre gegen die menschenvernichtende kapitalistische herrschaft, sondern um feinde des volkes handele.

(auszüge)

2

OFFENER BRIEF AN: BEWEGUNG 2.JUNI

trotz eurer arroganten erklärung, sich nicht mehr mit uns auseinandersetzen zu wollen, werdet ihr es nicht verhindern können, daß eure aktion innerhalb der linken bewegung diskutiert wird und die ergebnisse veröffentlicht werden.

eure erklärung im id nr. 42 führt zur konsequenten isolierung des revolutionären kampfes in der brd und westeuropa, wenn das beispiel schule macht. die langsame liqidierung der raf durch den staatsapparat ist die folge einer selbstgewählten isolierung. die linke bewegung hatte gar keine

möglichkeit, über das programm der raf, den bewaffneten kampf, zu diskutieren. während die raf aber ihr programm veröffentlichte und nur die diskussionsmöglichkeit fehlte, kämpft ihr bewußt losgelöst von der linken bewegung und verleumdet sie als "linke bourgeoisie", nur weil ein teil der linken bereit ist, sich mit euch auseinanderzusetzen und die liquidierung schmückers kritisierend ablehnt. auf diese kritik antwortet ihr nicht mit argumenten, weil sie einfach nicht da sind, sondern mit üblen beschimpfungen.

abgesehen davon, daß wir die hinrichtung schmückers ablehnen, abgesehen davon, daß ihr nicht durchs volk beauftragt seid und darum eure erklärung, insbesondere "volksgericht" an die großsprecherei an die kpd/ml erinnert (wir wollen sie nicht mit der hinrichtung in verbindung bringen!) glaubten wir, daß sowohl die ermordung schmückers, wie eure erste erklärung, ein dreckiger akt der bullen war. Denn aus eurer ersten erklärung erfuhr man nur, daß schmücker vor den bullen gesprochen hatte. daß schmücker ein agent war, erfuhren wir erst einige tage später aus der bürgerlichen presse! ihr auch?

da ihr euch jeder weiteren diskussion entzieht, obwohl ihr vorgebt, im namen des volkes gehandelt zu haben, bleiben doch eine reihe von fragen, die die linke bewegung an euch richtet, offen. zwischen der liquidierung schmückers und seinem geständnis bei den bullen liegt ein zeitraum von über einem jahr; während dieser zeit habt ihr versäumt, schmückers zusammenarbeit mit den bullen den linken bekannt zu geben. weshalb? warum habt ihr nach schmückers haftentlassung wieder kontakt aufgenommen? war es nicht leicht, schmücker umzulegen? die selbstbeantwortung eben dieser frage, ruft jenen ekel hervor, den schon andere genossen formuliert haben (langer marsch).

doch es war leichter, schmücker umzulegen (wo es genügt hätte, ihn kräftig in den arsch zu treten und dort hinzuschicken, wo er herkam) als jenen mann, der schmücker umgedreht hat; es war leichter, schmücker umzulegen als die mörder von petra, georg, thomas. es war leichter, schmücker umzulegen als eine echte bestrafungsaktion durchzuführen gegen richter, staatsanwälte, oberbullen und andere ratten, die das volk ausbeuten und bestehlen und unterdrücken.

schmücker ließ sich leichter in den grunewald locken!

die hinrichtung schmückers ist auf einer anderen ebene der ausdruck dafür, was wir täglich im linken blätterwald rascheln hören, was dort auf dem papier alles nach links liquidiert wird, um der wahren, reinen linie willen ist bei euch der pistolenschuß im grunewald. nur bringt uns diese art der liquidierung keinen schritt voran, sondern zurück. er ist in wirklichkeit ein langentbehrtes erfolgerlebnis.

wir sind keine fliegenden hinrichtungskommandos. für die weiterentwicklung des kampfes in der brd wäre es wichtig, daß ihr eure arrogante haltung aufgebt. diese kaum noch zu überbietende arroganz erstickt jede solidarität, führt zur absoluten isolierung, aus der heraus ihr keinen anspruch mehr habt, im namen des volkes zu kämpfen. aus dieser haltung kann nur noch der anspruch des überlebenmüssens kommen, ein überlebenstrip, der mit links soviel gemeinsam hat wie die uz oder der ruf der neostalinisten nach freiheit!

durriti - kampfbund
hbg.-ffm.-stgt.

ZU DER GANZEN 2. JUNI AUSEINANDERSETZUNG :

wir sind genossen, die diese ganze auseinandersetzung mitverfolgt haben, und jetzt mal was dazu sagen wollen - nicht auf der gleichen beschissenen ebene, auf der sich alle beteiligten bisher bewegt haben (wir sind weder in der rh/sh, noch im 2. juni).

angefangen hat es damit, daß "eine reihe von genossen" in ihrem brief an den 2. juni argumente gebracht haben, die man von der justiz oder springer schon kennt (der 2. juni hätte verräter "leichtfertig mitproduziert"). und dann die antwort vom 2. juni hat eben auch auf etwa der gleichen ebene stattgefunden (z.b. "und kommt nicht nocheinmal auf die idee, uns einen brief zu schreiben ..."). die roten und schwarzen hilfen haben daraufhin auf einem nationalen treffen beschlossen, das hickhack fortzusetzen, wobei natürlich nicht gelingen konnte, die auseinandersetzung richtig zu beurteilen.

zum thema verrat: es ist die verfassung des verräters, daß er am status quo interessiert ist, daß er zurück will an seinen angestammten platz in der klassengesellschaft, daß er sich unter den veränderten bedingungen nicht zurechtfindet, nur in seinem gewohnten milieu identität hat, objekt der

entwicklung bleiben will. die mühseme, langwierige kleinarbeit der stadt-guerilla, die ihre existenz, mit allem was dazu gehört, überhaupt erstmal aufbauen muß, muß leuten, die so falsch programmiert dazustoßen, in der tat zum horrortrip werden. wer mit kriminellen vorstellungen daherkommt, wer nur seine persönliche lage verbessern will, wird sie mit einer gewissen zwangsläufigkeit durch verrat verbessern.

das kapital schafft dieses wertdenken – also produziert das kapital die verräter und sonst niemand.

aber es muß gesagt werden, daß die revolutionäre bewegung der verräterei nicht wehrlos ausgeliefert ist. und das ist genau der punkt, an dem der 2. juni kritisiert werden muß. der 2. juni stellt das verrats-problem so dar, als ob er gar nichts damit zu tun hätte, er der verräterei wehrlos ausgeliefert sei, sich der verrat also im uneingeschränkten maße immer wiederholen könnte, und als ob es nicht die aufgabe der revolutionären bewegung wäre, das problem durch und durch auf den begriff zu bringen, aus ihren eigenen fehlern diesbezüglich zu lernen, um die möglichkeit des verrats soweit zu beseitigen, als die eigenen fehler den verrat begünstigt haben. natürlich kann die gefahr des verrates nie vollständig ausgeschlossen werden (deshalb ist auch hinrichtung erforderlich), aber ohne die entsprechende selbstkritik und ohne die konsequenzen aus den eigenen fehlern zu ziehen, ist die hinrichtung des verräters dann doch eben nur eine technische lösung.

das ist hier das problem, über das die diskussion gehen muß, und nicht über die "massen" und das "volk". zwar wurde über diese sachen auch nur scheiße geredet, was bedeutet, daß noch vieles unklar ist, aber es geht jetzt erst einmal nur um verrat – der anlaß der diskussion war schmückers liquidierung.

ZUM TOD ULRICH SCHMÜCKERS UND DEM VERHÄLTNIS DER GENOSSEN ZUM 2. JUNI

der tod ulrich schmückers hat eine diskussion über die beziehungen der in der legalität arbeitenden genossen zu den in der illegalität arbeitenden genossen ausgelöst, die eigentlich auch ohne diesen anlaß schon lange hätte öffentlich ausgetragen werden müssen. bei der angelaufenen diskussion steht bisher im vordergrund verstrickte psychologie und nicht, wie man es erwarten sollte, eine solidarische und inhaltlich politische auseinandersetzung. sie hat sich bereits nach einem brief von genossen aus berliner betrieben und dem chile – komitee an den 2. juni, einer antwort der genossen des 2. juni und in einem artikel im langen marsch nr. 11 an einen punkt entwickelt, an dem man sich nicht mehr verständigen kann, bzw. will. die genossen des 2. juni: "ihr repräsentiert nicht die revolutionäre kraft, mit der wir uns auseinandersetzen wollen." der lange marsch: "in ihrer tragischen einsamkeit scheint innerhalb dieser gruppe immer mehr ein prozeß abzulaufen, der als letztlich pathologisch angesehen werden muß." mit pathologen will man ja wohl auch nicht mehr diskutieren, oder? eine solche diskussion ist unsinnig. zumal, wenn sie sich zwischen gruppen abspielt, die nach ihrem anspruch nichts grundsätzliches trennt. die genossen, die die kritik am 2. juni gebracht haben, distanzieren sich nicht im prinzip vom bewaffneten kampf, die genossen des 2. juni finden nicht, daß guerilla die einzige möglichkeit ist zu kämpfen, sie distanzieren sich nicht von der massenarbeit. es geht also in der gegenseitigen kritik um die art und weise des kampfes, um die fehler, die gemacht worden sind, um die perspektive.

kann man es sich nach so kurzem schlagabtausch leisten, bei dieser gemeinsamen basis zu sagen, "ihr könnt uns mal"? ist es im augenblick nicht die situation, wo wir mit der arbeit nur schwer weiterkommen, die uns übereinander herfallen läßt als ersatz für den wirklichen klassenfeind.

die genossen des 2. juni haben sich in ihrer antwort nicht die mühe gemacht, auf die kritik an ihnen inhaltlich einzugehen. in der unehrlichkeit, in der die kritik an ihnen gebracht wurde, ist das sicherlich auch schwer. sie sind davon ausgegangen, daß sie wiedermal leuten ihre theorie abgeliefert haben. leute, die seit jahren papier mit raf-kritiken und theorien über die gewaltfrage bekritzeln, ohne jemals selber eine konsequenz zu ziehen, ohne die kritik auch auf sich selber anzuwenden. und solchen leuten mal ein deutliches wort zu sagen, finden wir richtig.

aber die genossen, die die kritik am 2. juni geschrieben haben, sind nicht alle die schwätzer, besserwisser, nichtstuer, rationalisierer, mit denen es sich wirklich nicht mehr lohnt, über die revolution zu reden. es sind auch leute, die im politischen kampf stehen, im knast dafür gesessen haben.

dennoch sind wir der meinung, daß sie sich selber in ihre kritik nicht einbezogen haben, einbezogen haben in die schwierigkeiten, die sie haben, den bewaffneten kampf in ihre aktivitäten einzubringen. zwar haben sie geschrieben : "sprengstoff und knarre sind zwei mittel – auch für uns – aber nur zwei unter hundert ", doch das steht eben nur auf dem papier und außer bei dem anschlag auf die abrißfirma der putte hat man davon in der letzten zeit nicht viel mehr gemerkt. anscheinend steht es bei den genossen doch erst an hundertster stelle und im moment sind sie bei nr. 2.

wir glauben, daß die verbindung zwischen massenarbeit und bewaffnetem kampf im augenblick nicht vorhanden ist, und von den in der legalität arbeitenden genossen auch nicht gesucht wird. die meisten von uns haben die frage verdrängt, weil wir angst haben und inkonsequent sind.

das müssen wir uns zugeben ! und nicht mit scheinargumenten wegrationalisieren, daß das im moment noch verfrüht ist, über die köpfe der massen hinweggeht oder ähnliches. militante arbeit ist an vielen konflikten im betrieb, im freizeitbereich und sonstwo möglich und wichtig - auch ohne über die köpfe der massen hinwegzugehen. in diese richtung haben wir viele mögliche schritte nicht gemacht.

aber da alle diese fragen in der antwort auf den 2. juni nicht angesprochen werden, bleibt der vorwurf auf den genossen des 2. juni hängen: ihr versucht nicht, den bewaffneten kampf mit der massenarbeit zu verbinden. ihr habt euch zu technikern der revolution gemacht. genossen, diese behauptung ist nicht wahr und es waren unter euch welche, die das wußten. die wußten, daß die genossen vom 2. juni kontakt zu arbeitenden gruppen und individuen gesucht haben, die wußten, daß pläne für eine zusammenarbeit entwickelt worden sind. warum ist das verschwiegen worden? vielleicht, weil es die genossen, die die massenarbeit gemacht haben, waren, denen die kontakte zu heiß wurden, die sich zurückgezogen haben, die meinten, daß dieses oder jenes jetzt noch nicht ginge.

wird diese kontaktaufnahme jetzt als "schwärmen, was man alles hätte tun können - in lippstadt, bei ford, bei mannesmann" diffamiert? schwärmen - das unterstellt, daß die genossen des 2. juni unrealistisch rumgesponnen haben, aber stellt euch doch mal die frage, ob man für die zukunft etwas entwickeln kann oder nicht. die isolierung, das auseinanderfallen des bewaffneten kampfes und der massenarbeit liegt nicht nur an den genossen des 2. juni. das ist zu einfach. zum teil hat es objektive gründe - man kann halt nicht zu allen plenen erscheinen, wenn man gesucht wird. die isolierung liegt aber auch an der angst, dem desinteresse der genossen in der legalität, der angst, man könne gefordert werden, zu aktivitäten, die man selber zwar gut findet, aber "nicht bringt", der angst, man könne mit hineingerissen werden in den strudel der illegalität.

die raf ist gescheitert, dann wird auch ihre "nachahmung", der 2. juni, scheitern, so denken viele. sie denken: "eigentlich sind sie ja selber schuld an ihrer isolierung" aber wir selber in unserer borniertheit und inkonsequenz haben zu ihrer isolierung entscheidend mit beigetragen. wir haben diese unbequeme frage weggeschoben. oder wie ist es zu erklären, daß zu den prozessen, die den raf-genossen gemacht werden, nur die nächsten angehörigen und bekannten gekommen sind und selbst bei der urteilsverkündung gegen asdonk u.a. obwohl 5 000 flugblätter dazu verteilt wurden, nur die kamen, die das flugblatt gemacht hatten. nicht einer mehr. das kann doch nicht nur an der falschen politik der raf liegen. das hat doch was damit zu tun, daß wir die widersprüche bei uns selber nicht angehen, daß viele von uns in der sicherheit der politischen legitimation eines lehrer - oder betriebsratspöstchens die schrittweise auflösung dieses widerspruchs vergessen.

hätten die fehler, die wir bei unseren politischen aktivitäten in der legalität gemacht haben, ebensolche spektakulären folgen, wie es ein fehler beim bewaffneten kampf hat, wir würden kein bein mehr auf die erde bekommen. aber unsere fehler werden nicht so bekannt, man kann sie vertuschen oder ein selbstkritikpapier schreiben. wie leichtfertig und liberal sind wir in unseren gruppen, wo sich jeder ungefragt dazugesellen kann und nicht gefragt wird, warum und wohin er abhaut. bei der legalen arbeit kostet diese fahrlässigkeit vielleicht ein berufsverbot, eine kündigung, in der illegalen bedeutet es knast, vielleicht tod.

wir finden die analyse in dem brief des chile-komitees unter anderem darüber, wie verräter entstehen, richtig. aber warum wird daraus gefolgert: "nicht schmücker, sondern diese ursachen (wie verräter entstehen) müssen beseitigt werden" und nicht gefolgert: die ursachen und schmükker muß beseitigt werden. natürlich wird man nicht jeden umlegen müssen und können, der genossen reinlegt. aber, wenn einer nicht nur verrät, sondern systematisch weitermacht mit dem nachrichtenverkauf, wie es schmükker getan hat, wenn er es drauf hat, genossen für jahre in den knast zu bringen. ist es dann nicht egal, warum und wieso er es gemacht hat, jedenfalls für die entscheidung, daß man sich wehren muß, ohne bedeutung. schmücker war nicht nur ein verräter, er war agent. damit setzen sich die genossen in ihrer kritik nicht auseinander. wie man sich wehren kann gegen die folgen des agententums. das läßt man einfach unter den tisch fallen. alle linken zeitungen bringen die kritik am 2. juni, aber keiner hat das ursprüngliche kommunique mit den ausführlichen protokollen über die tätigkeit schmückers gebracht. das lag doch nicht nur daran, daß es zu lang war, oder? aus dem spiegel - wie gut, daß wir ihn noch haben, wenn unsere publikationen versagen - hat die linke das meiste erfahren über die agententätigkeit schmückers und deshalb gibt es immernoch welche, die darüber gar nichts wissen. warum haben unsere linken informationsmonopole der öffentlichkeit diese informationen vorenthalten?

es bleibt die frage zu diskutieren, ob man sich auch anders gegen schmücker hätte wehren können, ob man ihn anders hätte ausschalten können. wir glauben, nach allem, was wir über das verhalten der genossen gegenüber verrätern gehört haben, nicht, daß man es anders hätte machen können. wo schmücker nach dem knast wohnte, konnte er noch eine weile bleiben, nachdem die genossen bescheid über ihn wußten. er bekam keinen fußtritt, sondern sollte sich erst einmal woanders "bewähren". edelgard gräfe arbeitet in einem "linken" kinderladen. die leute dort wissen bescheid über sie, sie darf dort weiterarbeiten. hella mahr arbeitet beim "informationsdienst für unterbliebene nachrichten". die genossen wissen bescheid.

(hella mahr arbeitet nicht im "ID" mit. die red.)

und warum distanzieren sich die genossen nicht? weil sie ähnlich argumentieren, wie es auch im artikel im langen marsch geschehen ist. der typ kann doch nichts dafür. das ist doch gesellschaftlich bedingt. sind doch opfer der gesellschaftlichen widersprüche. der lange marsch:" nun liegt also einer an der krummen lanke, der hat augenscheinlich wahr gemacht, was zu groß für ihn war. der hat den widerspruch zwischen revolutionärem anspruch und bürgerlichem individuum nicht klar abgemacht, hat geschwankt. ...". schmücker wird also bedauert, anstatt kritisiert. man reflektiert über die gründe, die ihn wohl dazu geführt haben und nicht über die konsequenzen seines handelns. weiter wird argumentiert, daß wir uns in schmücker selber wiedererkennen: " der in jedem mitglied prozessierende widerspruch wird so in einer person greifbar. und indem man diese person aus der welt schafft, versucht man, den widerspruch abzuschaffen. die eigenen zweifel und widersprüche kann man nicht erschießen. man muß sie anerkennen. nur dann kann man solidarisch und menschlich vorgehen. "

das heißt also, schmückers widersprüche sind auch die der genossen des 2. juni, unser aller widersprüche. das mag schon sein. wer sie aber im sinne schmückers löst, der reaktion in die hände arbeitet, der hat mit unserer art widersprüche zu lösen, nichts, gar nichts mehr zu tun. wer das nicht sieht, verhält sich selbst gegenüber liberal und deshalb auch anderen gegenüber.

bei einer solchen liberalen haltung kann man bestenfalls hoffen, daß schmücker bei einigen gruppen abgeblitzt wäre. "soll er doch sehen, wo er bleibt, das schwein". ob er vielleicht bei der nächsten gruppe geblieben wäre, darum hätte sich schon niemand mehr gekümmert. "der die gruppe verlassende verräter ist eine größere bedrohung als die polizei" kritisiert der lange marsch. allerdings ist er das. gibt es nicht hundertmal mehr bullen und richter, die man mühelos einen durch den anderen ersetzen kann als agenten, die sich auf der politscene auskennen?

zum schluß noch ein paar zeilen zum 2. juni. es hätte gereicht, genossen, wenn ihre gesagt hättet: schmücker war ein verräter, agent, er kann und wird in unserer gruppe oder woanders unerhörten schaden anrichten. deshalb haben wir die konsequenzen gezogen. müßt ihr euch deshalb gleich zum volksgericht erklären? noch hat das volk seine volksgerichte nicht. noch geht es nicht seinen objektiven interessen nach.

das zu erreichen ist unser ziel, unsere auseinandersetzung um konkrete schritte muß in haltlich und politisch ehrlich und konsequent sein. an der konkreten situation um die aktion gegen den bullen schmücker war sie es bislang nicht. für uns heißt die konsequenz: weiterversuchen, die politische isolierung von legalen und illegalen genossen an konkreten konflikten im betrieb, freizeit, schule, uni aufzulösen. militanz ist nötig und möglich.

ANMERKUNG

weitere diskussionsbeiträge schickt bitte an die linken zeitungen. artikel, die dazu noch bei uns eintreffen, geben wir den genossen von wwa.